

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich (Sonntag ausgenommen) als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jeweils die Höhe der freien Zustellung monatlich M. 15.00, in den Ausgabestellen ab 10.00 monatlich. Die abgesetzten Anzeigenblätter werden monatlich M. 1.50, im aussergewöhnlichen Falle M. 2.00. Preissen für die Anzeigenblätter M. 5.00 im Oktober und M. 6.00 im aussergewöhnlichen Falle. Anzeigen-Schluss: Vier Uhr nachmittags.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Brauhausstraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Große Brauhausstraße 17. Druck-Verwaltung: Halle a. S., Große Brauhausstraße 17. Druck-Verwaltung: Halle a. S., Große Brauhausstraße 17. Druck-Verwaltung: Halle a. S., Große Brauhausstraße 17.

Eine Brücke für die Russen.

Ueberreichung eines neuen Memoranda an Tschitscherin — Beginnende Entspannung Landwirtschaftsminister sehr für die Getreide- und gegen die Kartoffelumlage.

Abflauen der Krisenstimmung.

London, 9. Mai. „Reuter“ meldet aus Genua: Die Anstrengungen Schanzer, die augenblickliche Krise zu lösen, dauern fort. Die Lage beseitigt sich infolge der gestrigen Unterredung zwischen Schanzer und Tschitscherin etwas, es ist jedoch vorläufig unmöglich, eine endgültige Vorstellung von der Lösung zu haben in anbetracht der großen Zahl von Vor schlägen und Gegenansprüchen. Die Russen zeigten eine etwas ver schiedene Haltung und es ist keinerlei Anzeichen vorhanden, daß auf irgendeiner Seite die Absicht bestehe, das vorgeschlagene Uebereinstimmen zum Scheitern zu bringen. Die russische Antwort könne heute abend, spätestens morgen erwartet werden. Es befänden auch Anzeichen, daß die Belgier sehr darauf bedacht seien, daß eine befriedigende Lösung der augenblicklichen Lage gefunden werde, die aus dem rein wirtschaftlichen in das politische Fahrwasser geriet, was ihnen nicht erwünscht ist. Die italienische Delegation bemüht sich, eine enge Freundschaft mit Kameradschaft mit Großbritannien zu schaffen. Italienische Kreise erklären, die Sym pathie zwischen Italien und Großbritannien sei niemals so hart gewesen wie jetzt.

In 2 oder 3 Tagen ...

London, 9. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“, des Verfassers Lloyd Georges, berichtet aus Genua: In spätestens zwei oder drei Tagen werde sich das Schicksal der Konferenz und vielleicht auch weiterer Dinge entscheiden. Barthelemy ist zurückgekommen, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den Russen die Schuld zuzuschreiben. Es sei aber ziemlich sicher, daß die russische Antwort nicht ganz abflehend laute, denn die russischen Vertreter scheinen die Lage ebenso hart zu beurteilen wie alle anderen.

Ein neuer Plan Lloyd Georges!

Der Sonderberichterstatter des Echo de Paris spricht in einem Telegramm aus Genua von Plänen, die Lloyd George haben, um die Konferenz wieder flott zu machen. Beschäftigt sei Frankreich und Belgien für das Memorandum zu gewinnen und die Beratung mit Russland dadurch zu ermöglichen, daß man Artikel 7 beseitigt und einfach erklärt, daß die Frage des Privatbesitzes zwischen Moskau und den in der ersten Regierung die Absicht erörtert werde. Was die Reparationen anlangt, werde man Frankreich den Wert einer internationalen Anleihe unterbreiten, den der Sonderaus schuß der Reparationskommission ausarbeiten werde. Durch diese Maßnahme hoffe man einen, genügt nicht. Auf Frankreich auszuweichen, damit es jede selbständige Handlung nach dem 31. Mai unterließe.

London, 9. Mai. Reuter meldet in „Daily Telegraph“, Lloyd George erwäge für den Fall des Scheiterns der Genuaer Konferenz und damit auch seiner russischen und europäischen Pläne eine allmähliche Zurückziehung Englands von der unabhän gigen Rolle des Friedensstifters und eine Rückkehr zu einer Politik, die der der Vereinigten Staaten und der britischen Vorkriegspolitik näher liege. Glücklicherweise sei aber der Punkt, bei dem Eng land seine unabhän gige Rolle in Europa aufgeben, noch nicht erreicht. Die Sowjetregierung werde vielleicht ihre halbe Zustimmung zu dem Memorandum geben. Ein Kompromiß könne dann noch zustande kommen. In diesem Falle würde der Buzs triebenspaß zur Erörterung kommen können.

Pariser Schwaefeln.

London, 9. Mai. Dem Pariser Sonderberichterstatter der „Daily Chronicle“ zufolge, ist Poincaré bezüglich der Entwid lung der französisch-englischen Beziehungen sehr optimistisch. Bei einem Empfang britischer Pressevertreter durch den französischen Premierminister erklärte dieser gestern, daß die Einigkeit der beiden Völker die Oberhand behalten werde. Aus Genua komme viel Gerüde, das nicht ernst genommen werden dürfe. Das französische Volk habe jedes Vertrauen in die Weisheit und die Gerechtigkeit des britischen Volkes, denn beide Völker glaubten aneinander.

Mitlerands Rückkehr.

Paris, 9. Mai. Der Präsident der Republik ist heute norming nach Paris zurückgekehrt. Um 11 Uhr empfing er Poincaré, mit dem er sich längere Zeit über die aus wärtige Lage, speziell über die Arbeiten der Konferenz von Genua unterhielt.

Ein Memoranda an die Russen.

Darstellung der „Vorteile“ im Memorandum Genua, 9. Mai. Im Auftrage des Präsidenten der Konferenz wurde der russischen Delegation ein Memoranda überreicht, das nähere Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß des Vertrages auf Grund des Memorandums der politischen Unterkommission

hervorgehen würden. Dieser Schritt wurde veranlaßt durch eine Unterredung des Außenministers Schanzer mit Tschitscherin. Letzterer sprach den Wunsch aus, die ihm von Schanzer vorgebrachten Argumente in zusammengefaßter Darstellung zu erhalten. In dem Memoranda wird die Hilflosigkeit, die die Mächte Rußland zulassen lassen wollen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um eine Reihe von platonischen Jugendschwärmereien handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System zum Wiederaufbau Rußlands.

Englische Nervosität.

Angst vor Krupps Tätigkeit in Rußland.

Im englischen Unterhaus fragte James ob die deutsche Regierung zu ihren diplomatischen Vertretern in Rußland eine Persönlichkeit ernannt, welche bis vor kurzem der Leiter der Kruppfabrik in Essen gewesen sei, und ob das Auswärtige Amt Kenntnis davon habe, daß die Sowjetregierung der Firma Krupp in Rußland gewisse Konzessionen gewährt einschließlich eines Hauptlages und der Leitung einer großen Kautschukfabrik in der Nähe von Moskau. Winterton erklärte namens des Auswärtigen Amtes, er habe keine Kenntnis von der erwähnten Ernennung. Der Firma Krupp würde in Sudrußland eine Konzession von der Sowjetregierung gewährt. Ueber ihren Charakter sei er nicht unterrichtet.

Anmerkung des W. T. B.: Der Interpellant dürfte einer Verwechslung zum Opfer gefallen sein. Der deutsche Vertreter in Moskau heißt Wiedebold und hat mit dem frü heren Direktor der Kruppwerke in Essen, Wiedebold, der bekanntlich deutscher Botschafter in Washington ist, nichts zu tun.

Zum deutsch-dänischen Abkommen.

Der Folketing in Kopenhagen verhandelte über die Ratifikation des deutsch-dänischen Abkommens. Außenminister Scavenius schilderte den Verlauf der Verhandlungen, die in fastlicher Weise unter Ausschluß politischer Gesichtspunkte geführt wurden. Er freute sich, erklären zu können, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, das geeignet sei, den Geist der Verständlichkeit zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk zu stärken. Zwischen den Regierungen der beiden Länder herrschten gute und freundschaftliche Beziehungen. Es sei wünschenswert, daß das gleiche in steigendem Maße zwischen der deutschen und der dänischen Bevölkerung in Norddeutschland der Fall werde. Das vorliegende Abkommen müsse als zufriedenstellend für beide Länder bezeichnet werden. Auf beiden Seiten sei der Wille vorhanden gewesen, den aufgestellten Forderungen Abschlüsse zu machen. Der Minister empfahl dem Folketing zum Schluß die Einmütigkeit zur Ratifikation des Abkommens zu erteilen.

Für den freistaat Memelland.

Wie das Memel Land freistaat meldet, ergab die von der Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland unter den maßgebendsten Einwohnern veranstaltete Unterschriftensammlung aller Orten, die sich für den freistaat Memelland erklären, daß sich von der rund 140 000 Köpfe zählenden Bevölkerung des Memellandes 54 429 für den freistaat eingeschrieben haben, das ist fast die gesamte auf etwa 50 000 Köpfe zu veranschlagende stimmberechtigte Bevölkerung.

20000 Ruhrarbeiter im Streik.

Zur Lage im Ruhrrevier erfahren wir: Auf einigen Zechen des Zentralreviers zwischen Dortmund und Gelsenkirchen sind etwa 20 000 Arbeiter ausständig. Der Grund ist bekanntlich darin zu sehen, daß die Zechen in Dortmund den Vorhängen ihres Betriebsrates entliehen, weil er einen Anschlag am Brett des Betriebes an die Belegschaft richtete, in dem er sie aufforderte, den 1. Mai zu feiern, und weil er den Revierarbeiter, als dieser ihn aufforderte, den Anschlag als unzulässig zu entfernen, tätlich beleidigte. Die Belegschaft trat darauf in den Streik, dem sich die Belegschaften anderer Zechen anschlossen. Am 10. Mai sollen Einigungsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften des Zechenverbandes unter Leitung von Vertretern des Reichsministeriums und unter Mitwirkung des Reichskommissars Medlich geführt werden.

Ein Enigma. Die Berliner Volkszeitung verfasste einen gewissen Erich Anspach, der gewöhnlich als Dr. Anspach auftritt und in größerem Umfange politische Dokumente, z. B. angebliche Geheimberichte verschiedener Ministerien und angebliche Protokolle des Reichstages, usw. veröffentlicht und diese Urkunden den Interessierten in die Hände spielte.

Gewinnt Deutschland beim Bruch?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Niemand kann mehr leugnen, daß sich die Entente in einer schweren Krise befindet. In letzter Minute versuchen Lloyd George und die englische Presse mit allen Drohmitteln, Frankreich zum Einlenken zu bringen. Niemand noch ist die britische Presse so deutlich und eindeutig gegen Frankreich gewesen. Lloyd George soll sogar Herrn Barthelemy ganz offen erklärt haben, daß sich Großbritannien von jetzt ab als frei betrautet, andere Freundschaften zu suchen und zu pflegen. So wenigstens meldet es der Correspondent der „Times“ Mitter Steeds, der nebenbei bemerkt der ergebene journalistische Befürworter der französisch-englischen Allianz ist und in Genua sogar in dem gleichen Saal abgetrieben ist wie die französische Delegation. Die anderen englischen Blätter sind nicht minder deutlich. Der Arbeiterführer Thomas hat in einer Rede in Verbis sich sogar zu der Behauptung vertrieben, man sei seit 1914 einem Kriege nicht so nahe gewesen wie augenblicklich. Er hat damit natürlich nicht sagen wollen, daß Frankreich von England durch Waffengewalt abgehalten werde, seine Expansions- und Sanktionspolitik zu treiben, sondern er sieht im Gegenteil diese französische Politik zu einem Kriege führen und er erklärt, daß in einem solchen Falle England die Franzosen allein in der Lage wäre, einen Krieg zu führen, so ist die Meinung des britischen Arbeiterführers für uns nur insofern von Wert, als er ein bewaffnetes Vorgehen Frankreichs unter dem heuchlerischen Vorwand der Sanktionen mit Recht offen und ehrlich einen Krieg nennt.

Es ist psychologisch verständlich, daß bei der deutlichen Gemütsverfassung und bei dem seelischen Leid, das wir erdulden mußten und noch täglich erdulden, es bei uns Leute gibt, die den Bruch der Entente nach den bestimmten Erklärungen Lloyd Georges als eine vollzogene Tatsache ansehen. Sie glauben nicht, daß das alles nur Theaterrommer ist, um die Franzosen einschüchtern und sie zum Einlenken zu bringen, sondern sie sind von der Uebelbarkeit und Starrheit der Franzosen ebenso überzeugt wie von der Einzigartigkeit Lloyd Georges, die Entente auflösen zu lassen. Gewiß weiß niemand, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Aber nehmen wir einmal an, jene Leute, die ihre Hoffnungen auf Abkündigung als gegebenes politisches Tatlassen ansehen, hätten recht: die anglo-französische Entente läge zerbrochen am Boden. Lloyd George habe seine Drohungen wahr gemacht und auf der Konferenz von Genua Frankreich die Schuld für das Scheitern dieser Weltkonferenz zugeschoben. Er sei nach London gefahren und wiederhole seine Angriffe im Unterhaus, Frankreich hätte Deutschland allein gegenüber. Was würde der allernächste Fall für Deutschland sein? Doch nur der, daß Frankreich seine Sanktionspolitik eben isoliert unternimmt und daß die Engländer, wie Thomas sagte, nicht daran teilnehmen werden. Daß die Engländer uns aktiv zu Hilfe kämen, daran denkt in England kein Mensch auch nur im Traum, und wer in Deutschland auf die Unterstützung von Trotsky oder Armeo rechnen wollte, der sei ein Narr und Verbrecher zugleich. Es gibt in Europa keine Macht, die Frankreich heute von einer Politik der Gewalttätigkeit abhalten könnte. Und wenn die Franzosen das Ruhrrevier besetzt hätten, bliebe uns nichts weiter übrig, als die Engländer um Intervention zu bitten. Dann aber würde sich ungefähr genau daselbe, was bereits jetzt Lloyd George versucht. Die Entente würde wieder zusammengeleimt. Frankreich würde seine Bedingungen stellen, England würde Konzessionen auf unsere Kosten machen und dann noch oberdrein von uns verlangen, daß wir seine Bedingungen um den Ausmarsch der Franzosen aus dem Ruhrrevier dankbar anerkennen. Wenn es aber eine Intervention absehen würde und letztendlich besetzte Hände, so bliebe eben unser wichtigstes Hilfsmittel in den Händen der Franzosen, solange es ihnen aufhört und solange nicht eine umgekehrte französische innere Politik oder außerpolitische Einwirkungen materieller Natur mit dem Entente Poincaré aufräumen.

Tatsächlich gibt es nur zwei Möglichkeiten, die, wenn Englands härteste Druckmittel jetzt auf Frankreich verfallen, Frankreich zum Einlenken veranlassen könnten. Das ist einmal die innere Entwicklung in Frankreich. Man hat uns zwar schon oft versichert, daß die Politik des nationalen Blodes nicht mehr von der wahren öffentlichen Meinung Frankreichs getragen werde. Aber der französische Sozialismus ist nicht nur schwach, sondern er ist ohnedreiu zer splittert, und von den demokratischen Elementen hat sich keiner noch ermannet, der der Draufschreiberpolitik Poincarés offen entgegenzutreten wäre. Vor allem ist niemand in Frankreich, der den Mut hätte, die jetzige Richtung der Reparationssumme als Wahnsinn zu bezeichnen. Der Satz, daß der Boche schliefen müßte, ist nicht nur die verlogene Taktik demagogischer Staatsmänner, sondern auch das Glaubensbekenntnis der Masse. Hinzu kommt, daß eine Milderung in Frankreich durch die unpolitische und sinnlose Haltung unserer Nationalisten instenamtlich und künstlich verhindert wird. Jede Aeußerung der Männer um Seiffersich wird tatächlich den französischen Volk als Beweis des deutschen bösen Willens lernt, und wenn jetzt sogar die „National-liberale Correspondenz“ schrieb, daß die Erfüllungspolitik mit dem Vertrag von Rapallo ihr Ende gefunden habe, so ahnen gewisse deutsche Politiker garnicht, in wie hohem Maße sie zu unfreiwilligen Mitarbeitern der Pressepropaganda

oes Herrn Polnare geboren sind. Die Hoffnung auf eine Umstellung der französischen öffentlichen Meinung ist also sehr gering.

Es bleibt nur die zweite Einwirkungsmaßnahme: Amerika! Frankreich ist nicht nur Gläubiger, sondern auch Schuldner. Wenn es als Gläubiger ein brutales Beispiel gibt, so kann Amerika zwar nicht diese Methoden nachahmen, aber in der Annahme französischer Verpflichtungen doch bedeutend dringlicher werden als es bisher war. Es ist in der Tat Deutschlands Interesse darauf gerichtet, daß die friedlichen Kräfte der Welt ihren Einfluß auf Frankreich behalten, ehe es zu einer eintönigen Handlung gegen Deutschland schreitet.

Wir haben uns im Augenblick bei einem Bruch zwischen Frankreich und England nicht gütlicher. Diese harten Realitäten darf weder das deutsche Volk noch die deutsche Regierung aus dem Auge verlieren.

Die Preisgestaltung der Lebensmittel.

Der Brotbedarf bis August gebedt.

Im Hauptanschuß des Reichstages begann am 8. Mai die Beratung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Der Reichstatter Minister erörterte u. a. die Frage der Beibehaltung des Ministeriums. Der Demokat Vöhrme wünschte für die nächste Zeit den Fortbestand des Ministeriums. In einer Gesamtdebatte der Ministerien wurde zu prüfen sein, ob eine Änderung ratsam ist. Das Bildungsweien dürfte nicht verrissen werden, das ländliche Viehe und Küstfische nicht getrennt werden. Der Minister führte aus, daß nur eine leistungsfähige Landwirtschaft unsere Wirtschaft geborgen lassen könne. Deshalb ist das Ministerium nötig. Er begründete im einzelnen eingehend dessen Aufgaben.

Auf Ausführungen des Unabhängigen Herr, der der Landwirtschaft vorgeworfen hatte, daß sie die Produktion zugunsten hoher Preise künstlich zurückhalte, erwiderte der Demokat Vöhrme, daß dies schon wegen der Zufuhr aus dem Ausland unmöglich sei. Es wäre wünschenswert, bei den jetztigen Preisen nicht zu produzieren. Auch er forderte die Beibehaltung des Ministeriums. In einem 10 bis 15köpfigen Ministerrat müsse ein Vertreter der Landwirtschaft sitzen. Die ländlichen Siedlungsfragen könnten beim Landwirtschaftsministerium besser gelöst werden als beim Arbeitsministerium, obwohl es recht Erziehlisches geleistet habe. Das Ministerium sei auch z. B. wegen der Außenhandels- und Veterinärfragen nötig. Vertreter der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayer. Volkspartei schlossen sich diesen Ausführungen an.

Der Minister hoffte im Interesse des inneren Friedens eine Überbrückung der jetzt zwischen Produzenten und Konsumenten bestehenden Spannungen. Wenn auch die Länder in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft wahrnehmen, gibt es viele Fragen, die reiseitig gelöst werden müssen. z. B. die Erzeugung der Produktion, die Beschaffung und Erzeugung der Düngemittel, die Saatgutbeschaffung, die Tiergutzucht, das Landwirtschaftliche Unterrichtsweien, der Pflanzenschutz. Ein Reichsgesetzgebung werde ja bereits demnachst vorgelegt werden. Dazu kämen die Fragen der Regelung der beruflichen Vertretung der Landwirtschaft, die Föhrung der Verhandlungen handelspolitischer Art, Eins- und Ausführungsverträge. Die Tätigkeit der Länder brauche nicht allzu sehr eingeschränkt werden. Was die landwirtschaftliche Produktion angehe, so ließe sie fast gelassen, daß bald wieder die Friedensproduktion erreicht sein werde. Der Vorwurf, daß wegen zu hohen Preise weniger produziert werde, sei abzuwehren. Die Preisgestaltung der Runkelrüben erfolge jetzt im engen Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium; über die Frage werde gegenwärtig verhandelt. Der Staatssekretär führte aus, daß gegenwärtig über ein neues Kontingent für die Ausfuhr von Konferen in diesem Jahre verhandelt werde. Von 1031 Kommunalverbänden seien bisher 348 wegen Maislieferungen nachgeprüft. Der Sozialdemokat Joch hielt zwar das Weiterbestehen des Ministeriums nach den bisherigen Leistungen nicht für unbedingt geboten, meinte aber, man solle abwarten.

Der Sozialdemokat Schmidt verteidigte das Ministerium und will es von dem bisherigen Vertrags von 2½ Millionen Tonnen auf 4½ Millionen Tonnen erhöht sein. Man könne dabei die kleinen Beförder möglichst frei lassen.

Fünfzig-Jahrfeier der Universität Straßburg.

Die Gründungsfeier der ehemaligen Straßburger Studentenorganisation an der französischen Universität fand am Sonntag in Form eines Kommers in der Palmengarten in Straßburg statt. In großer Zahl waren dazu die altiven und alten Herren der selbstgebenden Verbindungen, die Vertreter der Straßburger Dogenen der Universität, der ehemaligen Straßburger Professoren, der Straßburger Korporationen und zahlreiche Freunde der ehemaligen Universität, erschienen, die von dem Leiter des Kommers, stud. rer. pol. Jungmann mit herzlich Worten begrüßt wurden. Als erstes allgemeines Lied sang man das alte Volkslied „O Straßburg, du wunderhübsche Stadt“, das eine würdige Einleitung bildete. Nach dem Festliede des eilfjährigen Dichters Christian Schmitt (jetzt in Karlsruhe), leit Professor Dr. M. E. Mayer (Straßburg am Rhein) die Festrede. Er ging dabei von der Universitätsjubelfestfeier, die in Straßburg in den Matigen 1937 beoangen wurde, aus und sagte bars: Damals waren so viele Festspiele erschienen, daß die Aula nicht ausreichte und der Festsaal im Klosthoße abgehalten werden mußte. In allen Reden kam zum Ausdruck, daß die Hochschule ihre Aufgabe erfüllt, daß sie die Föhrung des Deutschtums in der Würde des Gelehrten durchgeführt hat. Aber das Ganze war ein sehr ernstes Fest. Denn durch alle Reden zog sich auch der Gedanke, daß mit der friedlichen Eroberung des Elsass erit der Anfang gemacht ist. Kammerlich hat Wilhelm Winckelband, der damals das Rektorat übernommen, dieser Stimmung Ausdruck verliehen in Worten, die uns heute fast prophetisch anmuten. Im Wortgeleit der neuen Straßburger 3. II ist die Universität gegründet worden und teuer Arbeit ist sie in einem Erben einzuweihen worden. Grotes hat die Universität gestiftet. Heute feiern wir die Universitätsgründung in Erinnerung an ihren Stifter, an die erhabene und stürzliche Gestalt des ersten, deutschen Kaisers, mit dem sie in Erinnerung an die große Zeit ihres Entstehens, und an den großen Kämpfer, der feiern wir die Universität, weil sie ganz und gar deutsch gewesen ist. Diese Universität mußte fallen, als die Franzosen in Straßburg einzogen, weil sie deutsch war. Die Universität konnte durch die Franzosen keine Nachfolgerin erhalten, denn die

Der Demokat Vöhrme gab eine Zusammenfassung über die Steigerung der Getreidepreise vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1922. Danach ist der Preis des Weizens um das 71/2fache, des Roggens um das 63/4fache, der Gerste um das 85fache, des Hafers um das 68fache gestiegen. Für Kartoffeln beträgt die Steigerung das 66/4fache. Die Preise für Schweine sind um das 38/4fache, für Rinder um das 21fache in die Höhe gegangen. Aus den letztangeföhrten Preissteigerungen schloß Vöhrme, daß die Steigerung lange nicht so stark sei wie für Düngemittel und Maschinen. Die kleineren Beförder seien also an den hohen landwirtschaftlichen Preisen nicht stark beteiligt. Die Umlage müsse herbeigeholt werden, eine Umlage entsprechend der Getreidemengen könne auf anderen Wege erfolgen. Wenn die Notwendigkeit aber zur Festsetzung einer neuen Umlage komme, so müsse diese auch auf die Wäldfischen ausgedehnt werden. Eine Staffelung nach kleinem und großem Besitz müsse im Gesetz festgelegt werden. Er rief auf dem Standpunkte, daß für die Landwirtschaft durch billigere Getreidepreise eine Sondersteuer eingeföhrt würde. Das gehe nicht an, nachdem die Landwirtschaft durch die 12 bis 13stündige Arbeitszeit schon eine genügend hohe Sonderleistung bringe. Der minderbemittelten Bevölkerung müsse freilich geholfen werden, dabei sei es aber notwendig, daß nur die wirtschaftlich Minderbemittelten in Betracht gezogen werden. Das Einkommen der eueren Familienmitglieder sei zu berücksichtigen. Es empfiehlt sich, auf die nichtminder Bemittelte aller Schichten Aufschläge zur Einkommens- und Vermögenssteuer zu erheben. Der Demokat Schiele verwarf die Umlage als produktionshemmend, während der Abg. Schlad (Zentrum) eine vollständige freie Wirtschaft nicht für möglich hielt. Auf eine Anfrage teilte der Minister mit, daß der Brotbedarf bis Ende August gebedt sei.

Minister sehr für die Umlage.

Im Hauptanschuß des Reichstages erklärte Reichsminister sehr sich für die Beibehaltung der Getreideumlage. In der Begründung davon führte er aus, daß die Versorgung mit Brotgetreide im selben Umfang wie im vorigen Jahre sichergestellt werden müsse, um den Brotpreis in erträglicher Höhe zu halten. Ein Sinken auf die außerordentlich große Not der letzten Monate bis in den Mittelstand hinein habe er sich nach rechtlicher Überlegung dieser Ansicht angeschlossen. Sein Amtsvorgänger vermahnte im vorigen Jahre die Getreideumlage nur für den Fall als letzte besetzt, daß keine schwerwiegenden Umstände im deutschen Wirtschaftskreis auftreten dürften. Sehr bestonte schließlich, daß leider diese neuen gewichtigen Momente eingetreten seien, er aber, um auf friedlichem Wege die ganze Angelegenheit zu lösen, bereits Verhandlungen mit den einzelnen Wirtschaftszweigen eingeleitet habe.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Hauptanschußes sprach sich Reichsminister sehr gegen eine Mangelsbewirtschaftung der Kartoffeln aus. Ebenso wandte er sich gegen eine Kartoffelumlage. Die Sicherung der Versorgung müsse durch Lieferungsverträge erreicht werden. Zum Schluß seiner Rede erklärte sehr, daß Vorkehrungen getroffen seien, um Störungen und Störungen des Transportes während der Erntezeit zu vermeiden. Der Hauptanschuß nahm dann eine Zentrumsresolution an, die den Abschluß von Arbeitslieferungsverträgen über Kartoffeln zwischen Erzeugern und Verbrauchern unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen fordert. Für Kartoffeln für Minderbemittelte sollen eventuell Föhrminderungen bewilligt werden.

Weiterhin wurde ein Zentrumsantrag angenommen, nach dem eine Getreideumlage in der bisherigen Form nicht möglich sei. Zur Sicherung der Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung mit Brotgetreide müsse eine genügende Brotreserve unter Beibehaltung der Brotpreise für Minderbemittelte verlangt werden.

Im Hauptanschuß wurde auch eine Entschloßung des Zentrums angenommen, die Reichsregierung zur Verlage eines Gehaltenswufes anzufordern, wonach in Zukunft Verkäufe von Grund und Boden (Ländereien) an Ausländer von einem Viertel Hektar Größe an und nicht erst wie bisher von 5 Hektar Größe an der Genehmigung der Regierung bedürfen.

französische Provinzial-Universität konnte wohl das Gebäude, aber nicht den Geist übernehmen, der sie erfüllt hat. Wir feiern den Geburtstag der Universitätsgründung abschloßlos und ohne Geste. Nur wer ein deutsches Gemüt hat, hat für eine solche Feiertag Sinn. Wir wollen aber dem Ausdruck geben, was uns bewegt, dem Deutschtum die Treue zu halten, auch dem Deutschtum außerhalb der deutschen Grenzlinie, wo das Deutschtum wie in Glas-Verbringen eine Vergangenheit und eine Zukunft hat. Der Redner brachte ein begeistertes angenommenes Hoch auf die deutsche Art und das deutsche Weien aus.

In wichtigen Worten wies Geheimrat Dr. Föder-Halle auf die Notwendigkeit der deutschen Einigkeit und der Einigkeit der deutschen Studentenschaft hin. Der Redner zeigte auch, wie notwendig eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Professoren und Studenten ist. Er schloß mit der Versicherung, daß die großen Güter, die uns gegeben worden, nicht verloren werden dürfen: das Reich muß uns doch bleiben. — Auf ein Aufforderung des Redners überholte die Festversammlung diesen Schlupfweg des alten Kaiserreiches als Gelübnis und darauf noch das Wort Ernst Moritz Arndts: Die Anechtenschaft hat ein End. Spontan stimmte die Versammlung Arndts „Vaterlandslied“ an. Studentrat Kramer (Wirtschaftsamt) wünschte Gedächtnis der Straßburger Studentenfester und widmete sein Glas den alten Herren.

Der zweite Teil des Abends wurde von stud. Granow geleitet. Von den Liebern des Abends fand besonders Beifall der Festlegung des eilfjährigen Dichters Christian Schmitt. Stud. Granow dankte darum in herzlich Worten dem anwesenden Dichter für die schöne Gabe, und dieser wurde zum Gegenstand einer begeisterten Ovation. In bewegten Worten dankte Christian Schmitt für die unerwartete Ehre und unterricht die Rede des Professor Dr. Föder. Während des Kommers wurden verschiedene Begrüßungen verlesen, darunter eine der Straßburger Wirtschaftsinstitute im „D. D. B.“, wozu, die heute ihren Sitz in Freiburg hat, und bei dem Fest durch einen alten Herrn vertreten war. Auch die Straßburger Korps „Athena“, „Marburg“, „Suevia“, „Münster“ und „Palatia“-Freiburg hatten Vertreter entsandt.

Der Reichstag.

nach dem Ergänzungsstat mit der Neuordnung der Beamten, jedoch unanändert an. Dadurch wird der Etat mit 15 Milliarden mehr belastet, wozu 75 Milliarden auf das Reichswehrministerium, 45 Milliarden auf das Reichspostministerium und 8 Milliarden auf die allgemeine Finanzverwaltung entfallen. Der zuletzt genannte Betrag soll durch höhere Steuererträge gedeckt werden, während die Mehrausgaben der Betriebsverwaltungen von diesen auszubringen sind, d. h. durch neue Tarifserhöhungen.

1. Mai und Arbeiterchaft.

Aus industriellen Kreisen wird uns geschrieben: In Sachsen ist seit wenigen Wochen der 1. Mai und der 9. November durch Volkskammerbeschloß zu gesetzlichen Feiertagen erhoben worden. Infolge dessen mußten die sächsischen Betriebe am vergangenen 1. Mai zum erstmaligen zweiseitigen stillliegen. Wie sich die Arbeiterchaft mit dieser Tatsache abfindet, zeigen Anfragen, die von ihr bei den Direktoren verschiedener größerer Werke eingingen. Zunächst berichte bei vielen Arbeitern noch Unklarheit darüber, ob der 1. Mai gesetzlicher Feiertag sei und die Betriebe deshalb stillliegen müßten. Aus vielen den antragenden Arbeitern hergeleitet wurde, stellten sie die weitere Frage, wann es möglich sei, die auf diese Weise ausfallende Schicht nachzuholen. Diese Möglichkeit wurde von den Betriebsleitungen begründlich abgelehnt. Diese wurden nicht vereinzelt bestehenden Vorformnisse auf sächsischen Betrieben werfen ein bedeutenderes Licht auf die Stellung der Arbeiterchaft zur Feier des 1. Mai, als die langen Ausführungen zu diesem Thema in der Linkspreffe es zu tun vermögen.

Kulmbach, 8. Mai. Von der hiesigen Spinnerei sind nur 45 Arbeiter der 1500 Mann starken Belegschaft am 1. Mai dem Betriebe ferngeblieben. Die Betriebsleistung bezogt nun den Arbeitern, die am 1. Mai nicht gefehrt haben, einen vollen Wochentag als Ersatzvergütung. Das macht insgesamt 700 000 Mark aus.

Deutsches Reich.

Deutsche Kriegsgefangene in Budapest verhaftet und misshandelt. Nach Meldung der Wiener „Arbeiterzeitung“ wurden 39 erst jetzt aus japanischer Kriegsgefangenschaft befreite deutsche Seeleute auf der Durgzeile in Budapest grundlos verhaftet und dort im Arrest behauptet und misshandelt. Erst infolge der Intervention des deutschen Konsuls wurden sie entlassen. Sie sollen in Wien ein und bezichtigen in Wien über den Sozial.

Eine Reichsausschußung für Kolonialwaren und Lebensmittel veranlaßt in diesem Jahre vom 5. bis 12. August in Hamburg der Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler E. B., Berlin.

Im Beamtenanschuß des Reichstages wurden gestern die Vorschläge zu 83 des Beamtenantrages abgelehnt, die entweder ein allgemeines Mitscheidungsrecht in persönlichen Angelegenheiten (Antrag der Abgeordneten Steinföhr) oder das gleiche Recht für bestimmte Fälle festlegen wollten (Anträge der Abg. Delius (Dem.) und Hofmann (U.S.B.))

Das teure Tirol. Vom Arlberg nach Innsbruck. Innsbruck, 6. Mai. Vom Arlberg abwärts bis Landau bestert sich das Wetter Die Sonne bricht strahlend durchs mäßige Gewölk, das die Hüpter der Wiesen umbrandet. Immer höher steigen die Schneestreifen, und zuletzt bildet die Grenze zwischen Fröhsling und Winter eine galebe Linie. Ueber ihr leuchtet der Schnee unter ihr ist ein Reich zu Ende. Hinter Landau bei Jams ist Sommerwetter und in Innsbruck ist es heiß wie im August Fremde sind noch wenig zu sehen, ausgenommen die Italiener Amerika und Alban. Ueberhaupt herrscht bezüglich des diesjährigen Fremdenverkehrs selbst in Tirol großer Stetismus. Es ist alles zu teuer geworden, und die 1000 Kronen-Not hat weniger Wert, wie vorigen Jahre der 50 Kronen Schein. In Innsbruck kostet ein Zochzimmer 2000 Kronen, und das ist lange kein erschlaßiges, sondern eines, wie man es bei Deutschen anbietet. Fleisch, Milch, Jüder und die andere Lebensmittel sind bedeutend teurer wie in Deutschland. Die Tiroler kann kein Wein mehr trinken. Es geht ihm darin aber nicht schlecht wie dem Bannern, der 8 Mark für das Maß zahlen muß. Während früher die Deutschen an der Grenze nach Tirol wanderten, um dort den billigen und guten Wein zu trinken, gehen jetzt die Desterreicher nach Bayern und trinken sich an Bier satt. Das Maß kostet ca. 220 Kronen, da kommen sie noch immer besser weg wie beim Bierlietter Spezialwein, der 300 bis 320 Kronen kostet.

Viele Hüttenwäner gehen endlich mit dem Gedanken um die Hütten des Alpenlufes in diesem Jahre nicht zu übernehmen und die Betriebsaufschlagung als zu risant zu unterlassen. Sie müssen Borräte um 1 Million Kronen 2200 bis 2500 Meter hoch schleppen und laufen Gefahr, sie alleine oder in sehr kleiner Gesellschaft aufweisen müßten. Die Bevölkerung Tirols die vom Fremdenverkehr direkt unabhängig ist, freut sich, daß „Joane Fremden tenma.“ Sie können dann nicht, wie sie es im vorigen Jahre gemacht haben, alles wegessen. Es ist vorigen Jahre zuerst Weiens gemacht worden in Deutschland mit der Billigkeit in Tirol. Das ist mit ein Grund für die Leuerung, unter der ja in erster Linie der Tourist leidet, der in den Bergen Erholung sucht.